

Bezugs-Preis  
In der Druckerei oder durch den  
Postboten abgeholt, einschließlich  
des Postgebührens 1 Mark 50 Pf.  
In den Buchhandlungen und  
Postämtern 1 Mark 75 Pf.  
In den Buchhandlungen und  
Postämtern 1 Mark 50 Pf.  
In den Buchhandlungen und  
Postämtern 1 Mark 50 Pf.

# Morgen-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt

und

# Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,  
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis  
Die gewöhnliche Zeitungs-  
Anzeigen 25 Pf.  
Bestellen unter dem Motto  
(Anzeigen) 75 Pf., bei den  
Anzeigen 50 Pf.  
Zusätzliche und besondere  
Anzeigen für Anzeigen und  
Anzeigen 25 Pf. (vgl. Seite).

Nr. 584. Dienstag den 17. November 1903. 97. Jahrgang.

### Gegen Bebel.

□ Chemnitz, 15. November.  
Auf einer Wiese bei Reudersdorf fand heute nachmittags eine von den Sozialdemokraten einberufene Volksversammlung statt, zu der sich, da Bebel als Redner angekündigt war, aus dem ganzen Gerichtsbezirk Augustsburg viele Zuhörer eingefunden hatten, etwa 1200 an der Zahl, darunter die Hälfte junge Burden; ein Viertel Gegner, die aus Meugler gekommen waren. Bebel sprach etwa 2 Stunden, — lediglich bekannte Dinge in bekannter Beleuchtung. Für ihn gibt es noch die Vereindungs- wie die Konzentrationstheorie. Dann Deer, Flotte, Schulden, Steuern, Jölle, Anhebung der Volkswirtschaft, — das übrige kennt man ja. An Umschmelzung der Masse ließ er es nicht fehlen; es gibt auch nichts an Gütern dieser Welt, an Rechten und Freiheiten, was er ihr nicht in Aussicht gestellt hätte; sie braucht nur den Zukunftsstaat mit ihm einzurichten; um ohne Druck seitens des Arbeitgebers die geringste Arbeitszeit herrlich zu leben.  
Sensation erregte es, als nach Bebel der Abgeordnete Pagig sich zum Worte meldete, — endlich einmal tritt man also den Sozialdemokraten gegenüber und, wenn schon, denn schon, der Anfang wurde mit Bebel selbst gemacht. Man kann sich die sicherste Erregung der jungen Burden, die zu Hunderten um das Rednerpult herumstanden, kaum vorstellen. Die älteren aber empfanden es als Erleichterung, daß nun einmal der „Genosse“ entgegengetreten werden sollte. Freilich kam der nationalliberale Redner nicht weit. Die Einstellung hörte man eben noch an. Wie er aber auf die einzelnen Punkte der Rede Bebel's einzugehen gedachte und gleich mit dem Jodelruf anfang, war es rasch zu Ende. Die jungen Burden führten sich bereit auf und der Vorsitzende, „Genosse“ Riemann aus Chemnitz, machte so gar keine Anstalten, dem Redner Bebel zu verabschieden, daß dieser abbrechen mußte. Die wesentlichen Ausführungen des Abgeordneten Pagig mit den Zwischenrufen usw. sind folgende gewesen:  
„Ich benutze diese Gelegenheit, einmal zu der sozialdemokratischen Wählerchaft zu sprechen, nachdem es ihr von Parteiwegen verboten worden ist, in Versammlungen zu kommen, bei denen ich mitwirken. In Eppendorf hat man gehört sogar eine dicke Postenkette gestellt, damit nur ja kein Genosse an den Galgen herantäuf, in welchem ich zu den Wählern sprechen sollte. Sie haben vorher von Herrn Bebel so viel von der Freiheit und Gleichheit im Zukunftsstaate gehört. Sie haben auch England rühmend hören, wo jeder Mitgliedsprediger die nächste beste Bank im Hyde Park besetzen und vom Untergang der Welt predigen kann, wo auch jeder Parteiführer zu hören darf, wenn er nicht anderes zu tun hat. Soweit ist mir aber sehr fern über den Zukunftsstaat klar: zu mir dürfte dieser Parteiführer nicht kommen, wenn ich über die Kräfte des Zukunftsstaates und seinen Untergang predigen würde. Wahrscheinlich läme dann überhaupt keiner durch die Postenkette durch. Ein Vorgeschmack von der Freiheit im Zukunftsstaat!  
Nun hat Herr Bebel jenseits von der Veranlassung zu dieser Erregung geredet. Seine Genosse Dohr sei zurückgetreten, weil er das landesübliche Maß von Tadel und Kritik nicht habe übertragen können. Wer so in die Sache doch nicht eingewilligt. Ich stelle lediglich fest, weil mir und uns Vertretern der bürgerlichen Gesellschaft das übrige dieses Genossen sehr gleichgültig sein kann, das Goebere von Herrn Bebel selbst in Dresden der Vorwurf gemacht wurde, er sei Marxbeur, dem nichts weiter gelte, als ein kräftiges Plut! — und daß dieses Plut sich in Berliner Versammlungen vielmehr wiederholte. Ich habe den Eindruck und kann es Goebere nachempfinden, daß er sich aus den parlamentarischen Reihen schleunigst wieder zurückgezogen hat, weil ihm diese Umgangformen doch nicht passen. Das ist doch nicht die Sprache, mit der man den Gegner, geschweige den Genossen regaliert, und weil Goebere sich nicht gemöhen möchte, derart mit Plut und wieder Plut den Umgang mit Genossen öffentlich zu pflegen, ist er aus der Gesellschaft zurückgetreten. Dies ist der eine Grund, weshalb Sie jetzt das Vergnügen haben, eine Reumut zu vollziehen.  
Der andere Grund liegt in der Sache, und auch der Herr Bebel sehr auffällig umgangen worden. Herr Bebel fragt, was wir denn wollten; es sei doch nur die Umschmelzung des Programms gewesen, wenn er sagte: „Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft sein“ usw. Was uns damit Neues gesagt sei? Und nicht! Ich kenne das Programm der Sozialdemokraten so gut wie Herr Bebel. Von uns hat aber auch keiner sich gerühmt, als ob etwas Neues damit gesagt worden wäre. Es ist ja überhaupt nicht an unsere Adresse gerichtet worden. Herr Bebel hat eben vergessen, hier zu

sagen, was der Gegenstand und Inhalt des Streitlichen auf dem Dresdener Parteitag war. Abrechnung wurde gehalten mit den Proletariern in der gebildeten Lebensstellung, mit den Akademikern, Revolutions- und allen sonstigen in die Partei eingebrachten Elementen, die nach der Befragung des Herrn Bebel die Partei in den Sumpf bringen würden, weil sie an die Theorien nicht mehr glauben, auf denen das Parteiprogramm sich aufbaut, und weil sie da und dort ebenfalls geneigt oder wenigstens verdaulich sind, Kompromisse mit der bürgerlichen Welt zu schließen. Diesen Revisionisten galt Bebel's Wort von der Todfeindschaft; ihnen sollte es in den Ohren klingen; sie sollten sich zu diesem Worte bekennen oder „Niesen“ und Goebere ist „gelogen“.  
Herr Bebel sagt, wir sprächen von gesunkenen Ansehen seiner Partei, als ob sie in anderen Tagen gesunken wäre; und er sagt noch hinzu, das sei ihm ganz gleichgültig. Immer sollen wir herhalten. Nein, die sozialdemokratische Presse war es doch, die in allen Tonarten von gesunkenen Ansehen der Partei jammerte, und Herr Bebel war es doch, der in Dresden selbst schon sagte, er teile das Gefühl des Volks über die vorliegenden Verhandlungen.  
Davon hat er hier kein Wort gesprochen; nun sollen wir dafür herhalten, daß in Dresden alles schön gegangen ist. Das will ich nur kurz zurückweisen.  
Die Hauptsache ist mir: das revolutionäre Programm hat Herr Bebel heute auch hier ausgepredigt und als maßgebend für diese Wahlbewegung entworfen: Umgestaltung der Eigentumsordnung, Abschaffung der Monarchie usw. Nun wohl, dann ist es in der Tat Sache der Wähler, sich die Abstimmung neu zu überlegen. Am 15. Juni wurde ein Revisionist gewählt, jetzt soll ein Bebelianer gewählt werden — Bebelianer im Sinne des unerwünschten Behaltens am revolutionären Kern des Programms. Das möge sich jeder erst mal klar machen.  
Revolutionär soll aber nicht im Dreifache Sinne zu verstehen sein. Wir sollen keine Gewalt bekommen. Ich bekomme keine, ich kenne diese Ausreden schon so lange, wie das Programm. Ich weiß aber auch aus den Aufzeichnungen von Karl Marx, daß zum Ueberange von allen in den neuen Staat die Diktatur der revolutionären Proletariats durchgeföhrt werden muß. Für mindestens eine Generation bedeutet das namenloses Elend. Und ich weiß aus dem ethnographischen Berichte des Transkaukasus Parteitag, daß der neu einzurichtende Zukunftsstaat bis auf weiteres weder die Schulden, noch die Soldaten und die Kanonen entbehren kann — Schulden, um die Differenzen der Produktionsbedingungen solcher Länder auszugleichen, die weniger Arbeiterlöhne gewähren, oder die Rohprodukte bei sich im Lande selbst haben, also ohne erhebliche Frachtkosten verarbeiteten können und dergleichen mehr —; und Soldaten und Kanonen, um die Errungenschaften der Diktatur gegen das Ausland zu schützen. Zunächst sieht also der Zukunftsstaat ganz und gar nicht so aus, wie Herr Bebel das Endziel geschilbert hat — Freiheit, Gleichheit, Wohlstand an allen Ecken und Enden, und wie man es aus der herben Kritik des Herrn Bebel über Deer und Flotte, über Jölle und indirekte Steuern heraus folgern möchte, als ob sein Joll und sein Militärdienst sein sollte. Sondern es muß auch mit unserem Völkler geföhrt werden, nur mit dem Unterschiede, daß an Stelle der Monarchie die Diktatur röhne.  
Nun frage ich bloß: Sind denn wirklich die Verhältnisse so bei uns, daß man die überliefersten Ordnungen je früher, desto besser beschließen sollte? Wir können und die Zukunft nicht anders denken, als zusammenhängend mit Vergangenheit und Gegenwart. Wir kritisieren auch die Gegenwart nicht so, als lebten wir auf eiserner Insel, wo wir oben erst alles neu und bis zur Unverträglichkeit lästig eingerichtet hätten. Sondern wir betrachten die Gegenwart als Produkt einer Jahrhunderte alten Vergangenheit. Und da muß ich dann sagen: Es ist so wesentlich schon geschehen und es sind solche Fortschritte zum Besseren erzielt (Widerstand der Jugendlichen), der deutsche Staat und die deutsche bürgerliche Gesellschaft haben auch so viel in neuerer Zeit getan, um die sozialen Gegensätze zu mildern, daß es Verbrechen wäre, diese Entwicklung nicht fördern zu wollen, sondern dem Zukunftsstaate nachzugehen, der nicht Entwickeltes vorfindet, als es erst neu organisieren will. Wie viel von unserer Wohlthat müßte da geopfert werden, und um was zu erziehen? Für die erste Generation, die die Macht an sich gerissen hat, nicht Freiheit, sondern Elend, nicht Ordnung, sondern Zwang und Verfall, die beiden Weitergehenden der Diktatur (Widerstand).  
Herr Bebel klammert sich an die Konzentrationstheorie, als ob sie aus den Höllern der Berufslehre sich ergäbe. Die selbständigen Erzeugnisse hätten abgenommen. Aber was will es gegen die geringen Höllern, um die es sich hier handelt, bedeuten, daß der Staat durch sein Eingreifen in die meilen Schichten der Arbeiter hinein neue wirtschaftliche Kraft gelangen läßt, indem er sie dem Versicherungs-

zwang unterwirft, sie gegen Erwerbsunfähigkeit und für den Fall des hohen Alters sichert, ihnen Arbeiterlöhne gewährt usw.? Entwickeln sich doch auf diese Weise neue und härtere Mittellichkeiten, als die verfallenden sind — neue, die einen unendlich größeren Raum einnehmen, als ihn die etwa verfallende Schicht je eingenommen hat. In diese neue Mittellichkeit kann jeder hinaufsteigen, jeder, der fleißig und sparsam sein will. (Widerstand und Beschrei.) Ja, soll es etwa nicht mehr wahr sein, daß Fleiß und Sparlichkeit und Intelligenz die Voraussetzung des besseren Fortkommens sind? (Beschrei und Beschrei.) So können Sie es weit bringen! (Was: Den sollte der Verdamm abführen!) Da ruft einer: Mich sollte der Verdamm abführen! Recht geeignete Bauteile für den Staat der Freiheit und Gleichheit! (Beschrei und Beschrei.) Ich sehe, Sie wollen mich nicht zu Ende reden lassen. Sobald man Ihnen nichts verspricht, sondern von Geforderten redet, die Sie selbst erst erfüllen sollen, ist es auch mit der Diktatur. (Beschrei.) Aber eines will ich doch noch ausgesprochen haben, ehe ich schließe. Herr Bebel ist auch heute noch des Glaubens, daß es unmöglich sei, auf der Grundlage des neuen Zolltarifs (Höllern und Schreien) zu Handelsverträgen zu kommen. Und er hat Ihnen behauptet, was auch das Parteiprogramm schon sagte, daß er gegen solche Verträge, wenn sie doch kommen sollten, mit aller Entschiedenheit protestieren würde. Ich sage, man kann schlimmer in diesem Augenblicke an den Wohlstandserwartungen des Volkes und namentlich der Arbeiterlöhne sich gar nicht verhalten. (Beschrei und Beschrei.) Ja, wie anders sollen wir denn aus dem Zustande der Unfähigkeit in handelspolitischen Dingen heraus, als daß wir neue Handelsverträge abschließen? (Beschrei und Beschrei.) Natürlich auf der Grundlage des neuen Tarifs, eine andere gibt es doch nicht, die Mehrheit hat gesprochen, warum wollen Sie hier den Widerspruch nicht lassen? (Beschrei und Beschrei.) Ah, meine Herren, damit versehen Sie mich. Den Roggenzoll von 5 L haben wir schon 1887 bis 1891 gehabt und damals war der Getreidepreis niedriger als heute. (Großer Rärm.) Es steht doch auch lange schon fest, daß die fremden Staaten auf der neuen Grundlage mit Deutschland verhandeln. (Beschrei.) Wenn die Sozialdemokratie tatsächlich die neuen Verträge ablehnt, nun, dann beweist sie eben, daß sie das Wohlergehen der Volksgemeinschaft hinter die Parteinteressen zurückstellt. (Der Herr wird so, daß zusammenhängend nichts mehr zu verstehen ist.) Sie haben die Wahl: ob Sie der friedfertigen, dann aber gescheiterten Fortentwicklung der stetigen Weiterführung insbesondere der sozialpolitischen Fortschritte dienen oder die Gegensätze zwischen den Volksklassen, zwischen Arbeiter und Arbeiter verschärfen, ob Sie die Sozialdemokratie und die Sozialgewalt zum Zusammenstoß führen wollen. Wenn kein Entzweiung sich ist, der stimmt gegen die Sozialdemokratie, für den Kandidaten der bürgerlichen Ordnung. (Die letzten Sätze sind nur dem Rächtschreien noch teilweise verständlich geworden.)  
Nachdem das Beschrei der Jugendlichen seinen Zweck erfüllt hatte und Bebel wieder die Tribüne bestieg, wurde es zwar etwas ruhiger, so daß man von einiger Entfernung wenigstens verstehen konnte, was Bebel die Partei des Herrn Pagig als die erbärmlichste, elendeste, verlogene, niederträchtigste usw. beschimpfte. Herr Pagig rief dem Abgeordneten Bebel etwas zu, was man im Gejöhle der Burden nicht verstehen konnte. Bebel wurde nun noch erregter und schimpfte weiter. Pagig drehte ihm dann den Rücken und ging ab. Aber auch die Versammlung war dann bald zu Ende.

### Deutsches Reich.

\* Leipzig, 16. November. Für die Wiederbefreiung der durch den Heimgang des Herrn Reichsgerichtsrates Corzlen freigebliebenen Reichsgerichtsratsstelle hat Preußen in Bundesrat das Vorschlagsrecht.  
O. H. Berlin, 16. November. Die Krankenhäuser, welche Praktikanten annehmen können, sind vom Reichsanwalt bekannt gegeben. Es ist eine lange Reihe von medizinischen Instituten und Krankenhäusern; die Zahl der anzunehmenden Praktikanten beträgt im Durchschnitt 21. Diese Zahl erreicht das städtische allgemeine Krankenhaus Wilmersdorf I 3; 20 kann das Krankenhaus St. Jakob in Leipzig aufnehmen, 18 das allgemeine Krankenhaus Eppendorf in Hamburg. Die Weisung der Krankenhäuser darf nur einen Praktikanten aufnehmen; die Krankenhäuser am Friedrichsberg in Wilmersdorf, am Urban und das Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus dürfen zusammen 50 Praktikanten beschließen; eine ebenso hohe Zahl ist den Anstaltsärztlichen Anstalten in Barmbein zugestanden; die Betriebsärztlichen Anstalten in Gadowbein dürfen 8 Praktikanten aufnehmen, das städtische Krankenhaus in Wilmersdorf 12, das in Frankfurt a. M. 20, das Bürgerhospital in Berlin 8, das Augustinospital daselbst 6, das städtische Krankenhaus Scharnhorst-Wagdorf 8, das städtische Krankenhaus Altstadt daselbst ebenfalls 8, das städtische Krankenhaus Augustburg 2, das bürgerliche Krankenhaus Drauschwitz 1, das städtische Krankenhaus Bremen 8, das St. Marien-Krankenhaus in Danzig 2, das Kranken-

haus zu Allerheiligen in Breslau 15. So ist den jungen Praktikanten reichlich Gelegenheit gegeben, am Krankenbette ihre Kenntnisse zu bereichern. Es ist zugleich ein Freude zu begrüßen, daß ihre Tätigkeit in der Hauptsache nicht eine ausübende, sondern nur eine betragende, ansehende und hilfsleistende sein soll.  
— Berlin, 16. November. (Ein Nationalliberal?) Das weisliche Hauptorgan berichtet triumphierend von einem „verständigen Nationalliberalen“, der in einer Wahlversammlung erklärt habe, er sei nationalliberal, aber wenn er zwischen einem preussischen Kandidat und einem Deutschen zu wählen habe, so hätte er letzteren für das kleinere Übel. Zunächst scheint es und sehr fraglich, ob der Urheber dieser unerwünschten Äußerung sich wirklich selbst für nationalliberal hält, aber ob er nicht, besser für die Sache des Besten, wenn er öffentlich seine weisliche Gesinnung abtreibt und eine Äußerung ist, durch die der Nationalliberalismus kompromittiert werden soll. Gilt er sich aber wirklich für nationalliberal, so kann doch die Partei nichts dafür, daß der brave Mann seine Äußerung von dem Wesen des Nationalliberalismus hat, denn sonst müßte er wissen, daß die Unterföhrung eines Deutschen gegen einen preussischen Kandidat für einen Nationalliberalen unter allen Umständen ausgeschlossen ist.  
— Berlin, 16. November. (Die kirchlichen Wünsche der Berliner Polen.) In seiner Eigenschaft als Vertreter des erstauften Deputierten hat Dejan Frank in Berlin die Vertreter der polnischen Parochial-Komitees in Berlin empfangen, die dem Dejan, wie der „Dienstag Berl.“ mitteilt, die „berechtigten Wünsche der Polen“ vorgelegt haben.  
Im Namen der Deputierten wird deren Vorhaben, Schiedsmänner Berlin, auf die den Berliner Polen als höchsten Gebiete angeblich zugehörigen Untere und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Rechte der polnischen Bevölkerung endlich die ihnen gebührende Berücksichtigung finden möchten. Bekanntlich Kräfte legte schon dem ständereisenden kirchlichen Deputierten folgende Wünsche vor: In allen Berliner Kirchen wählen prinzipiell die Laien, Frauen, Weiber, Weltunterricht, Begräbnisse usw. in polnischer Sprache erfolgen. Die polnische Bevölkerung hätte um Einführung polnischer Sonntags-Gottesdienste in den katholischen Kirchen Berlin, ferner in Weisensee, Hilders, Schönberg und Marienborn. Die polnische Bevölkerung habe das Recht, in den Kirchengemeinde-Versammlungen und -Vorständen, in denen die polnische Bevölkerung mindestens 300 Seelen zählt, vertreten zu sein. Die polnische Bevölkerung Berlin und der Umgegend lüchre den Wunsch aus, daß die Weislichkeit sich „in innere politische und nationale Angelegenheiten der Polen nicht hineinmische“. Die deutsche Weislichkeit solle auf die politischen Interessen keinen Anschlag haben, daß sich die Vertreter der polnischen Weislichkeit nicht einschließen sollen. Die Berliner Polen wünschten, daß ihre Sprache in den Kirchen ebenfalls Berücksichtigung findet, deren sich die deutschen Katholiken in der Provinz Polen zu erfreuen haben, wo die Kirchenbehörde bestimmte Formen eingeföhrt habe.  
Durch Weislichkeit zeichnen sich die Berliner Polen danach nicht aus. Ein starkes Gefühl ist es, daß sie sich zur Begründung ihrer Forderungen auf die Berücksichtigung berufen, deren sich die deutschen Katholiken in der Provinz Polen zu erfreuen haben“. Welcher Art diese „Berücksichtigung“ ist, erhellt aus den zahllosen Klagen über die polenfeindliche Tätigkeit der Weislichkeit in der Provinz Polen, wo die deutschen Katholiken nur unter den schwersten Kämpfen ihre Stellung gegen polnische Uebergriffe behaupten können. — Dem Vernehmen nach hat Dejan Frank versprochen, alles zu tun, was in seiner Macht stehe, um die Wünsche der polnischen Parochianen zu erfüllen.  
— Berlin, 16. November. (Telegramm.) Das „Wirtschaftsblatt“ meldet die Ernennung des Königs von Dänemark zum Generalsuperintendenten der preussischen Kirche.  
— Berlin, 16. November. (Telegramm.) Der Reichsanwalt veröffentlicht eine Verfügung des Reichskanzlers vom 12. November zur Ausführung des Abschnittes 5 der kaiserlichen Verordnung über die Enteignung von Grundeigentum in den Schutzgebieten Afrika und der Sinesien vom 14. Februar 1903.  
— Der großherzogliche Hofkaplan Herr Franz Bostel hat am Sonntag Berlin verlassen und sich mit Urlaub nach England begeben, von wo er am 15. Dezember zurückkehren wird. Während seiner Abwesenheit leitet der Hofkaplan Bachmann die Hofkaplan.

— Kassel, 16. November. (Telegramm.) Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin trat heute mittag mit Urlaub hier ein und begab sich direkt vom Bahnhof nach der Universität, an deren Portal er von Rektor und den vier Dekanen empfangen wurde. In der Aula übergab der Großherzog nach einer Ansprache des Rektors der Studentenschaft ein neues, von ihm geschriebenes Banner, wobei er das Interesse betonte, das seine Vorfahren und er der Universität entgegengebracht hätten. Er werde stets bemüht sein, den heutigen Stand der Universität zu erhalten und sie weiter fortzuführen. Die Bedeutung der Universität sei von Jahr zu Jahr gestiegen, in noch höherem Maße aber auch die Verantwortung, die die Lehrer in der Ausbildung ihres Amtes übernehmen. Die größte Weiszahl der zukünftigen Beamten und Staatsangehörigen erhalte den Abschlus ihrer Ausbildung auf den Universitäten. Was sie dort hören und sehen, sei maßgebend für ihre ferneren Lebensanschauungen. Er richte daher an die Professoren und Studenten die erneute Bitte, sich stets der verantwortungsvollen Aufgabe, sowie der Endziele ihrer Lehren und Studien voll bewusst zu sein. Der Vorsitzende der Kassel-Studentenschaft übernahm darauf das Banner mit Dankworten. Seine Ansprache schloß mit einem Hoch auf den Großherzog.